

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Monographische angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Postamt

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201

Regierungsparteien in Verwirrung.

Sie obstruieren im sozialen Ausschuss. — Sie lehnen den Nachtragsetat ab.

Die Regierung hatte dem sozialpolitischen Ausschuss Mittwoch vormittag den Entwurf eines Gesetzes über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose vorgelegt, trotzdem das Plenum des Reichstages den sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten angenommen hatte.

Die Kommunisten erhoben zunächst Einspruch gegen die Beratung dieser Vorlage, zogen sich dann aber zurück auf eine einstündige Vertagung des Ausschusses, um dann der Beratung keine Schwierigkeiten zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte, um in keinem Falle eine Verzögerung der Ausgesteuertenfürsorge eintreten zu lassen, sachliche Anträge zu dem Regierungsentwurf eingebracht, deren Zweck war, den Ausgesteuerten auf alle Fälle auch wirklich die Fortzahlung der Erwerbslosenunterstützung als Rechtsanspruch zu sichern.

Die Deutschnationalen versuchten, ihre politischen Manöver aus den letzten Tagen fortzuführen, indem sie beantragten, an der jetzigen Erwerbslosenfürsorge festzuhalten, d. h. die Ausgesteuerten der Wohlfahrtspflege zu überliefern. Sie hofften bei der Ablehnung des Gesetzentwurfes auf die Stimmen der Sozialdemokraten, die ihnen aber den Gefallen nicht taten, sondern dieses politische Manöver durchkreuzten. Anders stand es bei einem Antrag der Kommunisten, dessen Sinn war, die auch von beantragte Verlängerung der Bezugsdauer im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge zu erreichen. Für diesen Antrag stimmten selbstverständlich die Sozialdemokraten gemäß ihrer ganzen bisherigen Haltung; da auch Deutschnationale und Völkische, natürlich wiederum aus politischen Gründen, mitemstimmten, erhielt der Antrag die Mehrheit des Ausschusses.

Die Regierungsparteien verloren wieder einmal den Kopf und traten in Obstruktion ein, indem sie den sofortigen Abbruch der Ausschussverhandlungen erwirkten und es auch ablehnten, eine neue Ausschussführung freizusetzen. Hierzu lag um so weniger Anlaß vor, als erstens der Beschluß des Plenarbeschlusses des Reichstages entsprach und die Regierung es ist, die sich unter Unterstützung der Regierungsparteien beharrlich über diese Beschlüsse hinwegsetzt und zweitens bei diesem Beschluß es sich nicht wie bei der Frage der Erhöhung der Unterstützung um finanzielle, sondern nur um die Anerkennung sozialpolitischer Grundsätze handelt.

Hochspannung im Hauptausschuss

Nach unter den Regierungsparteien.

Für die im Reichstag herrschende elektrische Hochspannung hat auch die Sitzung des Haushaltsausschusses vom Mittwoch einen neuen Beweis. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des ersten und zweiten Nachtrags zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Die Beratung wurde plötzlich abgebrochen, weil wegen

der Behandlung dieses Etats zwischen den Regierungsparteien erhebliche Differenzen sich aufstauten, die durch späte Reden hinüber und herüber noch vergrößert wurden.

Der erste Nachtrag, über den die Beratung nicht hinaus kam, verlangt für verschiedene Abteilungen des Ministeriums eine Reihe neuer Planstellen sowohl für höhere wie für mittlere Beamte. Der Referent Dr. Quack (Dnat.) sprach sich zunächst nicht gegen die Bewilligung aus. Insbesondere müsse der Lustverlehr, bei dem mit einer äußerst scharfen internationalen Konkurrenz zu rechnen sei, durch Zurverfügungstellung der nötigen Beamten, deren Zahl sehr ungenügend sei, gefördert werden.

Im Laufe seiner Ausführungen prägte er das Wort: Der Etat müsse eine gemeinsame Angelegenheit des deutschen Volkes sein, an die keine Partei vom parteipolitischen Standpunkt herantreten dürfe.

Der Sprecher des Zentrums v. Guérard meinte darauf, daß die Deutschnationalen wohl erst heute zu solcher Auffassung gekommen wären, wenigstens hätten die Ereignisse der letzten Tage das Gegenteil bewiesen. Guérard lehnte die Bewilligung der neuen Stellen ab, da grundsätzlich neue Stellen nicht im Nachtragsetat angefordert werden dürfen und die Einbringung des Hauptetats für 1927 bald bevorstehe.

Dr. Most und Dr. Gremer, Redner der Deutschen Volkspartei, setzten sich mit großer Lebhaftigkeit für die Bewilligung des Nachtragsetats ein.

Ihre Gründe wurden aber von Redner der dritten Regierungspartei, Dr. Wieland (Dem.), als nicht wichtig verworfen.

Genosse Stücken führte für die Sozialdemokratie aus, es gebe zwar kein Prinzip ohne Ausnahme, aber wenn zwei Regierungsparteien den Etat ablehnten, hätte die Sozialdemokratie keinen Anlaß päpstlicher zu sein als der Papst und würde daher auch den Etat ablehnen.

Die Wirtschaftspartei ließ durch den Abg. Mostath erklären, daß sie sich dem sozialdemokratischen Standpunkt anschließen würde.

Als Diskussionsredner erklärte Dr. Quack für die Deutschnationalen sodann, daß sie sich nunmehr ihre Stellung vorbehalten müßten und vorantig den Abbruch der Verhandlung. Der Antrag wurde von Dr. Gremer (Dt. Sp.) dahin erweitert, daß die weiteren Verhandlungen in Gegenwart des Reichskanzlers stattfinden müßten, damit dieser den beiden Regierungsparteien den Regierungsstandpunkt klarlege.

Im übrigen müsse er sehr lebhaft bedauern, daß solche Differenzen zwischen den Regierungsparteien vor versammeltem Reichstag ausgepaßt würden.

Abg. v. Guérard erklärte kühl, daß auf ihn und seine Freunde die Anwesenheit des Reichskanzlers, mit dem sie übrigens bereits gesprochen hätten, keinen Eindruck machen würde. Unter lebhafter Erregung des Ausschusses wurde dann die Sitzung „bis auf weiteres“ vertagt.

Sonderbare Stützungsaktionen.

Sozialdemokratische Anträge zur Reform der Subventionspolitik.

Die Kreditmaßnahmen des Reichs, von denen manche seit langem in der Öffentlichkeit berechtigten Unwillen, ja Empörung erregt haben, konnten zu einem erheblichen Teil nur deswegen in der Weise, wie es geschah, durchgeführt werden, weil der Reichsregierung sehr bedeutende, über die Voranschläge weit hinausgehende Steuereinnahmen zugesprochen sind, über die im Etat nicht verfügt war. Dieser Uebelstand wurde dadurch noch verschlimmert, daß der Etat lange Jahre hindurch nicht rechtzeitig zum 1. April, sondern erst viele Monate später verabschiedet wurde, so daß die Regierung ohne jede etatsrechtliche Bindung wirtschaften konnte.

Nachdem es den Bemühungen der Sozialdemokratie gelungen ist, zum erstenmal in diesem Jahr die rechtzeitige Erledigung des Etats durchzuführen, darf erwartet werden, daß der Reichstag zur Wahrung seiner Stellung und Würde auch in den kommenden Jahren nicht mehr die Fäden am Boden schleifen läßt. Die eine Quelle der Uebel würde dann abgestellt sein. Damit allein ist es indessen nicht getan.

Die Uebelstände, gegen die anzukämpfen ist, bestehen nicht nur in hohen Subventionen, die ohne genügende Rechttitel, ohne entsprechende Gegenleistungen, ohne daß das Reich sich dauernden Einfluß auf die subventionierten Unternehmungen sichert, gewährt werden, sondern ebenso in teilweiser oder ganzer Streichung aufgenommenen Schulden, in Steuerhündungen und Steuernachlässen, sowie in besonders günstigen Kreditgewährungen. Alle diese Unterstüzungen, die zum überwiegenden Teil von den unbemittelten Klassen aufgebracht werden, fließen fast ausnahmslos den großen Konzernen zu, die den Zugang zu den maßgebenden Ministerien am leichtesten zu finden wissen und am besten den Anschein des öffentlichen Interesses zu erzeugen vermögen. Die Öffentlichkeit, das heißt das Plenum des Reichstags, ist bei diesen Bewilligungen in der großen Mehrzahl der Fälle beiseite geschoben. Die in den Etatsgesetzen vorgezeichnete Bestimmung, daß unter gewissen Voraussetzungen der Haushaltsausschuss an Stelle des Plenums die Zustimmung zu geben hat, kann, wie die Tatsachen erweisen haben, einen Ersatz für die Ausschaltung des Plenums des Reichstags in keiner Weise bieten. Nicht nur wurden in fast allen Fällen, mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien, die betreffenden Angelegenheiten erst in letzter Minute an den Ausschuss gebracht, als vertraulich erklärt und ohne genauere schriftliche Unterlagen aufs schnellste verabschiedet, sondern die Bestimmung im Etatsgesetz wurde auch derartig willkürlich ausgelegt, daß schließlich fast alles, was die bürgerlichen Parteien nicht in der Öffentlichkeit des Plenums des Reichstags verhandeln wollten, im Ausschuss hinter verschlossenen Türen erledigt wurde.

Aber selbst wenn es gelingen sollte, die dehnbaren Bestimmungen im Etatsgesetz für die Zukunft zu beseitigen und an Stelle des Haushaltsausschusses wieder die Öffentlichkeit des Plenums zu setzen, wird damit auch nur ein Teil dessen erreicht sein, was erreicht werden muß.

Die in Betracht kommenden Verhältnisse sind schwierig, weitläufig und verschlungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stemmt sich nicht grundsätzlich dagegen, daß in Zeiten wie den gegenwärtigen auch öffentliche Gelder zur Milderung einer schweren Wirtschaftskrise verwendet werden. Aber im Interesse einer durchsichtigen und unantastbaren Finanzgebarung des Reichs verlangt sie, daß Reichssubventionen an die Wirtschaft, gleichviel in welcher Form sie gewährt werden, an bestimmte, eng und scharf umrissene Voraussetzungen geknüpft werden, und daß alle derartigen Transaktionen im Etat ihre genaue Widerspiegelung finden müssen. Beides ist bisher nicht der Fall. Nicht nur haben, weil feste und genaue Richtlinien fehlen, die betreffenden Ministerialreferenten für Gewährung und Ablehnung der Unterstüzungsgefuche wie für die Festsetzung der einzelnen Subventionen weitesten Spielraum, sondern manche Subventionsarten verschwinden sogar mit dem Moment der Bewilligung vollkommen und endgültig in der Versenkung, und kein Mensch hört und sieht noch etwas von ihnen. In nicht seltenen Fällen bestehen nämlich Subventionen des Reichs darin, daß die betreffenden Summen gegen niedrige Zinsen oder ganz zinslos gewährt werden. So heißt es zum Beispiel in einem im Juli dieses Jahres vom Reich mit einem großen Industrienkonzern geschlossenen Kreditvertrag:

„In den ersten fünf Jahren findet eine Verzinsung nicht statt. Sodann sind zu zahlen: in weiteren fünf Jahren 1 1/2 Proz., in weiteren 10 Jahren 3 Proz., in den folgenden 15 Jahren 4 Proz. Zinsen des jeweils geschuldeten Betrages.“

Da das in Betracht kommende Darlehen selbst für das Reich ein außerordentlich hohes ist, bedeuten solche Bedingungen Millionenverluste für die Reichskasse. Bei der jetzigen Geschäftsgebarung des Reichs fallen diese Verluste vollkommen ins Leere, und kein Mensch im ganzen Reich weiß oder kann feststellen, welche Verluste insgesamt der Reichskasse dadurch erwachsen sind oder erwachsen werden.

Zwischenfall im Landsberger Prozeß.

Die Vertreter des Nebenklägers legen das Mandat nieder.

Der Landsberger Prozeß wegen des Mordversuchs an dem Feldwebel Gädick schreitet unter sorgföhrten Zusammenwirken zwischen dem Vorsitzenden und dem Anwalt des Nebenklägers weiter. Die Verhandlung ruft einen sehr eigenartigen Eindruck hervor.

Im Laufe des Prozesses richtete der Vorsitzende an den Rechtsanwalt Löwenthal, der dem Zeugen Stantien Fragen stellte, folgende Frage:

Herr Dr. Löwenthal, ich frage Sie zum letztenmal, ob Sie sich innerhalb der Ihnen gezogenen Grenzen halten wollen? Was hat die Autoreparaturanstalt mit der Körperverletzung des von Ihnen vertretenen Herrn Gädick zu tun?

R.-A. Dr. Löwenthal (sehr erregt): Weil alle diese Fragen dazu dienen sollen, festzustellen, daß in der Schwarzen Reichswehr eine Femeorganisation bestanden hat.

Austizrat Hahn: Wo, das ist es also. Darin sehen Sie offenbar Ihren Hauptzweck. Vors.: Herr Dr. Löwenthal, ich ersuche Sie jetzt, dem Gericht eine Erklärung abzugeben, ob Sie sich an den Beschluß und den Standpunkt des Gerichts halten wollen oder nicht. Tun Sie es nicht, so wird das Gericht Ihnen gegenüber von seinen Rechtsmitteln Gebrauch machen.

R.-A. Dr. Löwenthal (erregt aufspringend): Von welchen Rechtsmitteln wollen Sie denn Gebrauch machen? Die Strafprozeßordnung kennt keine solche Rechtsmittel, oder wollen Sie vielleicht Brachialgewalt anwenden? Wollen Sie vielleicht die Polizei holen?

Es ist unerhört, wie ich in der Robe des Anwalts hier dauernd mit Gewalt bedroht werde.

Aber ich erkläre Ihnen auch, meine Herren, ich habe vor der Gewalt oder Gewaltmitteln durchaus keine Angst.

Vors.: Wenn Sie sich nicht fügen wollen, Herr Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, wird das Gericht, das härter ist, als Sie, Herr Rechtsanwalt, Sie zwingen, sich unseren Beschlüssen zu fügen. Erklären Sie jetzt endlich, ob Sie sich fügen oder nicht.

R.-A. Dr. Löwenthal (in höchster Erregung): Dann bitte ich

sofort um eine Pause, um mich mit meinem Mitverteidiger zu beraten, ob wir die Nebenklage weiter führen oder nicht.

Nach der Pause nahm Rechtsanwalt Dr. Löwenthal das Wort und erklärte:

„Die Vertretung des Nebenklägers steht auf dem Standpunkt, daß hier ein Fall der Mordankündigung und Körperverletzung vorliegt, der kein gewöhnlicher ist, sondern im Rahmen der Femejustiz erfolgt ist. Wenn ein Nachweis einer solchen Anstiftung geführt werden soll, dann nur unter Heranziehung von Fällen, aus denen eine Femejustiz gefolgert werden kann. Ich bitte, bevor ich eine Antwort auf die Frage des Vorsitzenden abgeben kann, um eine Erklärung darüber, ob das Gericht auf dem Standpunkt steht, daß wir auch in Zukunft keine Fragen stellen und erörtern dürfen, die zum Nachweis dieser allgemeinen Femejustiz dienen und deshalb zur Aufklärung dieses Falles, der nur im Rahmen der allgemeinen Femejustiz betrachtet werden kann.“

Vors.: Das Gericht wird die Erörterung dieser allgemeinen Femejustiz nicht zulassen.

R.-A. Dr. Löwenthal (sehr erregt, mit lauter Stimme): Nachdem das Gericht entgegen der Strafprozeßordnung erklärt hat, daß es dem Nebenkläger die zur Beweisaufnahme erforderlichen Fragen abschneiden wird, und nachdem das Gericht vorher die Erklärung abgegeben hat, daß es mit Gewalt diesen seinen Standpunkt durchsetzen werde, einer Gewalt, die nach Inhalt des Nebenklägers und in bisher vom Gericht nicht widersprochenen Weise nur als Polizeigewalt anzusehen ist, erkläre ich, daß wir nach dieser ungesetzlichen gewaltsamen Behinderung der Nebenklage es mit der Würde eines deutschen Anwalts nicht für vereinbar halten, vor diesem Gericht in diesem rechtswidrigen Verfahren weiter mitzuwirken.

Ich lege die Vertretung des Nebenklägers hiermit nieder.“

R.-A. Dr. Falkenfeld: Ich habe geglaubt, dem deutschen Volke durch die Aufklärung zu nutzen. Unter diesen Umständen lege ich aber gleichfalls nieder.

Die beiden Anwälte packten inzwischen ihre Akten zusammen und verließen unter allgemeiner Bewegung den Saal.

Dah solche Mißstände, nachdem sie erkannt sind, nicht andauern dürfen, ist klar. Es handelt sich hier, ganz abgesehen von der Frage der Unantastbarkeit der Verwaltung, um ungeheure Millionenbeträge, selbst wenn man abzieht von jener in 1924 an die Ruhrkohle A.-G. in größter Heimlichkeit geleistete Subvention von allein 715 Millionen Mark. In drei umfassenden Anträgen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Voraussetzungen umschrieben und die Wege aufgezeigt, die dazu führen würden, die Frage der Reichssubventionen an die Wirtschaft auf eine andere und bessere Basis zu stellen als bisher. Die Anträge sind an einen Unterausschuß des Haushaltsausschusses gemiesen, der seine Arbeiten alsbald aufnehmen wird. Unsere Fraktion wird ihre ganze Kraft daran setzen, mit den jetzigen Mißständen, die kaum noch von irgendeiner Partei beschönigt werden, aufzuräumen.

## Der Zwang zur Liebe.

Oder das deutschnationale Schilba.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht einen satirischen Aufsatz, in dem sie die deutschnationale Fraktion wegen ihrer formellen Zustimmung zum sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung von 30 Proz. und überhaupt wegen ihrer neuen Taktik als die „Fraktion Schilba“ verspottet. Auf der anderen Seite aber gibt man die Hoffnung, mit dieser Taktik zum Ziel, das heißt in die Regierung zu kommen, nicht auf. So zieht die „Deutsche Tageszeitung“ aus den letzten Reichstagsitzungen die folgende Lehre:

Wenn die Regierungsparteien eigensinnig weiter darauf beharren, in der Minderheit zu bleiben, statt mit denen zusammenzuarbeiten, mit denen man zusammenarbeiten kann, nämlich der Rechten, dann werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn man sie zur besseren Einsicht zwingt.

Die Deutschnationalen sind einmal auf dem Wege des Handels in die Regierung gekommen, indem sie 50 Proz. ihrer Stimmen für die „Dames-Verflawung“ veräußerten, um vier Ministerposten zu erlangen. Diesmal versuchen sie es mit dem Mittel der Erpressung. Sie fragen bei ihren Abstimmungen nicht, wie sie Ergebnisse zustande bringen können, die dem Volke nach ihrer Ansicht nützlich sind, sondern sie versuchen die Resultate so zu gestalten, daß den Regierungsparteien die größten Verlegenheiten daraus erwachsen. Wenn sich die Regierungsparteien durch solche Methoden kirre machen lassen, würde sie es nicht besser verdienen. Einseitigkeit scheint aber ihre Neigung dazu nicht übermäßig groß zu sein, wie der Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz“ beweist.

## Die sächsische Regierungsfrage.

Die Sozialdemokratie ergreift die Initiative.

Dresden, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag fand eine gemeinsame Sitzung der Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion statt, in der folgender Beschluß gefaßt wurde:

Die Sozialdemokratische Partei bekundet ihren ernststen Willen, den Versuch zur Bildung einer Regierung zu machen und wird als stärkste Partei die Initiative ergreifen, indem sie ein Regierungsprogramm aufstellen und einen geeigneten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlagen wird. Die Sozialdemokratische Partei fordert die sofortige Einberufung des Landtages, sobald das amtliche Wahlergebnis festgestellt ist.

## Die Stellung der Kommunisten.

Dresden, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Organ der Chemnitzer Kommunistischen Partei, „Der Kämpfer“, das ursprüng-

## Vor der Rückziehung der Kontrolle? Uebergang an den Völkerbund bevorstehend.

Paris, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Briand hat am Dienstag nachmittags den englischen Botschafter und den Präsidenten der Interalliierten Militärkontrollkommission, General Walsh, empfangen. Der „Veil Parisien“ glaubt zu wissen, daß die Unterredungen mit der Abrüstung Deutschlands zusammenhängen. Seit der Zusammenkunft von Thoity habe Deutschland unzweifelhaft einen guten Willen in der Abrüstung an den Tag gelegt. In Berlin wünsche man seit langem, die Kontrollkommission durch eine Kontrolle des Völkerbundes ersetzt zu sehen. Das Blatt behauptet, daß, obwohl gewisse Einzelfragen der deutschen Entwaffnung noch nicht geregelt seien, dem Wunsch der deutschen Reichsregierung in allerhöchster Zeit entsprochen und die Interalliierte Kontrollkommission durch eine „Überwachungskommission“ des Völkerbundes ersetzt werden wird. Vor kurzem habe Stresemann dem Wunsch ausgedrückt, daß diese Angelegenheit vor dem Zusammentritt des Völkerbundes Anfang Dezember geregelt sei. Auch diesem Wunsche werde von den alliierten Regierungen nach Möglichkeit entsprochen werden.

## Poincaré verlangt unbedingtes Vertrauen.

Paris, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer wird am Freitag zusammentreten und am Sonnabend sofort mit der Beratung des Haushaltsplanes beginnen. Die Regierung Poincaré wird die einfache Vertagung sämtlicher Interpellationen verlangen und gleichzeitig die Kammer auffordern, ohne Aussprache die 44 Verordnungen, die Poincaré auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen hat, und die zum Teil durchgreifende Verwaltungsmaßnahmen zur Folge hatten, zu genehmigen.

Die Mitteilung des französischen Blattes, daß die Reichsregierung mit Nachdruck auf die endliche Auflösung der Militärkontrollkommission hinarbeite, dürfte zutreffen. Ob der Kampf um ihre Aufrechterhaltung innerhalb der französischen Regierung bereits beendet ist, steht dahin. Die Bestrebungen, Deutschland dauernd unter interalliierte Kontrolle zu halten, sind um so unberechtigter, als die Kontrolle ja nicht überhaupt aufhört, sondern an den Völkerbund übergeht. Es wird die wichtigste Aufgabe der nächsten Ratsitzungen sein, über den Umfang und die Art der Durchführung dieser internationalen Kontrolle eine Verständigung herbeizuführen.

sch so tat, als ob die kommunistische Partei eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unterstützen würde, erklärt jetzt, daß die Unterstützung einer solchen Minderheitsregierung nicht in Frage käme, weil diese Regierung von der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens abhängig sein und so eine Art verdeckte Koalitionsregierung darstellen würde. Das Blatt spricht in den üblichen Phrasen von dem außerparlamentarischen Kampf, der gegen den Landtag geführt werden müßte, und fordert die baldige Befestigung des gegenwärtigen Landtages.

## Der Prozeß gegen die Zentrale der KPD.

Der Geschäftsordnungsausschuß berät.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung in der Hauptsache mit dem Antrage der Kommunisten auf Einstellung eines Verfahrens wegen Hochverrats gegen sechs kommunistische Abgeordnete. Die Anklage stammt bereits aus dem Jahre 1921. Als Berichterstatter wies Abg. Landsberg in einer glänzenden Rede nach, daß es im Interesse der Gesamtheit gelegen hätte, auch dieses Verfahren durch die Amnestie verschwinden zu lassen. Er beantragte Einstellung des Verfahrens.

## Alt-Berliner Kunst.

In der Bildnisammlung der Rationalgalerie (Am Schinkelplatz) ist eine Kollektion von Alt-Berliner Kunst, aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ausgestellt. Nicht für allzulange Zeit: es verlohnt sich, diese ausgestellten, von Prof. Radowski mit großer Kenntnis und Geschmack zusammengebrachte Schau sich anzusehen. Sie ist für jedermann ergötzlich und interessant, für den Kenner und Liebhaber Alt-Berlins ganz besonders, und sie hat das Verdienst, daß aus privater Verborgenheit Schätze ans Licht geholt worden sind, die bisher auch dem schärfsten Spürsinn entgangen sind. Ramentlich kann man von Blechen, Gärtners, Schinkel, Graeb und Bräde ebenso anziehendes wie kunsthistorisch wichtiges Unbekanntes finden, und sogar neue Namen sind zu entdecken: der ironische Maler reizender Spieghel-Kenigell, Hasenpflug, Schäuderer von Straßen und Bauten im Geiste Gärtners und der Krügerschüler Eisbold.

Eine rückblickende Ausstellung wie diese, die auf schon bekannte oder halb bekannte Kunst sich bezieht und sie ergänzen will, muß, um allgemein anziehend zu sein, nach beiden Richtungen wirken: nach der Seite des Inhalts wie des künstlerischen Reizes. Beides erfüllt diese wahrhaft anmutige Schau in einem Grade, daß sie wie eine Neuoffenbarung erscheint. Aussehen und Reiz des vorwärtigen Berlin erscheinen hier in einer Fülle und mit einer Genauigkeit der Wiedergabe, daß man fast wider Willen in die Lebendigkeit des längst Vergangenen hineingezogen wird. Woher stammt eigentlich unsere halbfehlimentale, halb wohlbeherrschte Vorliebe für das Wiedererlebte? Ist es nicht die phantastische Treue und Sachlichkeit, mit der uns die Künstler jener Zeit geschildert haben, verbunden mit einem schmerzhaft süßen Gefühl von Erhabenheit im Romantischen ihrer besten Geister, die uns anziehen und sie uns wesenverwandt erscheinen lassen? Beides wirkt sich praktisch aus in den Möbeln und Gebrauchsgegenständen der Epoche, mit denen sich einzurichten geradezu Mode wurde, und die nachahmen unsere Innentkunst nicht für zu gut fand. Ob auch die Mode vorübergeht: das Echo der Wiedererlebtheit bleibt uns in jeder Gestalt erhalten, mag es in der Literatur sich spezifisch fortbilden wie E. Th. A. Hoffmann, W. Meigs und Mahlbrenner, mag es monumental in Schinkels Schöpfungen, Museen und Häusern den allgemeinen Verfall überdauern oder in Bildern von Krüger, Gärtners, Holmann, Menzel als ein lebendiges Spiegelbild des Lebens sich uns unermesslich einprägen. Was spricht zu uns mit dem Nachdruck einer wahren, längst entwichenen Kultur, die, der letzten, die uns vor dem Einbruch der Grundbesitz und ihrer kulturellen Verwüstungen beschiedenen war. Wenn wir heute mit der Sehnsucht nach Wiedererhebung uns nach dem nächst Verwandten umschauen, das uns aufrichten könnte, so ist es die Zeit und die Kultur des Vormärs.

Damit ist nicht gesagt, daß wir uns diese Vergangenheit etwa zurückwünschten. Gott bewahre uns vor den politischen und geistigen Zuständen aus der Herrschaft der Friedrich Wilhelm III und IV! Vergleichen mit der Gebühre jener finsternen Jahrzehnte, leben wir ja noch in unbändiger Freiheit. Es handelt sich vielmehr um Güter privater Natur, die uns die Entwicklung des Kapitalismus ge-

nommen hat; um den Genuß unverdorbenen Lebensverhältnisse, um das Verständnis guter Bücher, um Erhebung durch die Kunst, die in vielerlei Gestalt bis in die letzten Winkel des Daseins eindringt.

Diese Einheit des Kulturwillens und der Fähigkeit, das Leben von materieller wie geistiger Seite unerschüttert zu genießen, spricht uns immer wieder überraschend und neiderwendend aus den Darstellungen der Künstler an. Dies ist es, was jeden angeht und eine solche Schau am Ende beglückend macht auch für den Widerstrebenden: daß der Abgang des Lebens selber einen unverlöcherbaren Wert darstellt; daß Erinnerung der bessere Teil unseres Bewusstseins ist, und die Kunst uns diese Erinnerung in einer unergleichlich starken und wertvollen Form darbietet. In unserem Fall handelt es sich um Ansichten aus Alt-Berlin, die entschwinden oder geschändet sind, um Szenen des entzückend simplen und komischen Lebens, dessen Harmlosigkeit uns verloren ist; um Abbilder bedeutender oder gewöhnlicher Persönlichkeiten, deren Wert in der Ueberzeugungskraft ihrer Darstellung liegt. Und endlich um das kostbare Gut des Idealismus, der auch in jener recht beschränkten und durchaus materiellen Epoche der kleinen Spieghelbürger, sich in Gestalten wie Blechen und Schinkel über das Alltagsniveau zu tragischer Höhe erhebt.

Zuletzt aber handelt es sich um die Einsicht in die überragende Höhe der künstlerischen Form. Hat man sich in alle Gegebenheiten ausgiebig vertieft, so wird für den Empfindlichen als Resultat die klare Annuit und Ueberlegenheit dieser Kunst sich ergeben, die ein oft bis zum Schein der Banalität abgedämpftes Empfinden des Romantischen ist. Die ungemein deutliche und widerspruchsfreie Art der Malerei und Zeichnung, die fähige Objektivität der Linie und der glänzenden Färbung, die aus fast allen diesen Werken spricht: sie ist Ergebnis der deutschen Romantik, die das Ungewöhnliche suchte und den Zauber des Gewöhnlichen fand. Und eben diese Klarheit bis ins Letzte hinein, diese Sauberkeit der Darstellung, gleichwie die düstere oder sonnige Phantastik der Schwärmer von der Art Blechens: sie steht uns nahe wie kaum etwas anderes.

Dr. Paul J. Schmidt.

## Joseph Schwarz gestorben.

Schon lange war es Eingeweihten bekannt, daß ein tüchtiges, unaufhaltsames Leiden den berühmten Bariton ergriffen hatte. Jetzt kommt die Trauerkunde, daß er nach einer Operation, von der man noch wenn auch nicht Heilung, so doch Besserung seiner Krankheit erhoffte, verschieden ist.

Die ganze musikalische Welt wird erschüttert die Kunde von dem frühen Tode des gefeierten Sängers vernehmen. Denn Joseph Schwarz hat in Europa wie in Amerika seine Künstlerkollektoren genützt. Man jubelte ihm in New York zu, wenn er als Gast an der Metropolitan-Oper oder in Konzerten auftrat, und man wog seine Stimme mit Gold auf. Von den zahlreichen deutschen Musikern, die „drüben“ enthusiastischen Beifall fanden, war Schwarz sicher einer der populärsten.

In den letzten Jahren teilte er seine Tätigkeit zwischen Amerika und Deutschland, nachdem er seinen festen Vertrag mit der Berliner Oper gelöst hatte. Jahrelang war er hier der gefeierte

Der Oberreichsanwalt Dr. Werner wünschte die Durchführung der Anklage, ebenso die Abg. Kohl und Hampe. Die Sitzung wurde abgebrochen und wird morgen fortgesetzt werden.

## Rückzug der Braunschweiger Justiz.

Das Urteil gegen Dr. Stoelzel revidiert. — Wiederaufnahme beantragt.

Der Landesschulrat Dr. Stoelzel in Braunschweig ist bekanntlich vom Landgericht Braunschweig zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt worden, weil er dadurch einen Beitrag begangen haben sollte, daß er auf Dienstfahrten dritter Klasse gefahren ist und zweiter Klasse liquidiert hat. Das Urteil ist nunmehr durch Anordnung des braunschweigischen Staatsministeriums in eine Geldbuße von 100 M. umgewandelt worden. Das Staatsministerium erteilt offenbar selbst an, daß es sich um ein Tendenzurteil handelt, welches der Revision bedarf.

Dr. Stoelzel hat übrigens unbeschadet dieses Gnadenaktes die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, weil seiner Ansicht nach verschleierte Belastungszeugen unter Verletzung ihrer Eidspflicht falsche Angaben gemacht haben. Es ist zu wünschen, daß dieses Wiederaufnahmeverfahren zur völligen Rehabilitierung dieses so arg verfolgten Opfers der politischen Justiz führt.

## Erwerbslosenfragen in Rußland.

Den Kommunisten ins Stammbuch.

Das Mitteilungsblatt der KPD-Opportunisten veröffentlicht folgende Notiz des „Trud“, des offiziellen russischen Gewerkschaftsblattes, vom 7. Oktober:

Am 6. Oktober war von Gewerkschaftsseite eine Versammlung der Arbeitslosen der Moskauer Textilindustrie einberufen. Der Bericht lautet:

„Nur 230 Arbeitslose von den 9000 der Moskauer Textilindustrie erschienen auf dem Meeting, das bereits zweimal einberufen war, aber wegen mangelnder Beteiligung verschoben werden mußte. Wie soll man solche Indifferenz erklären?“

Im Verlaufe der Aussprache, aber besonders bei den Unterhaltungen in den Gängen, erklärten die Arbeitslosen ihre Abgestumptheit damit, daß sie jegliche Hoffnung verloren hätten, von den Gewerkschaften irgendwelche Hilfe zu erhalten. „Man hat uns einen Haufen schöner Parolen gegeben, aber man hat nichts für uns getan“ — erklärte ihr Vertreter Ulanow.

Ein Arbeitsloser, der auf Verlangen der Versammlung mehrfach das Wort nehmen mußte, war jedesmal Gegenstand stürmischer Umjubelung. Er klopte unsere Wirtschaftsbehörden an, die fremden Devisen sinnlos zu verschleudern, indem sie in Europa Luxusautos, Tagameterdroschken und Autobusse kaufen, während zu gleicher Zeit unsere Textilindustrie aus Mangel an Stoff stillgelegt werde. Er verlangte, die hohen Gehälter der qualifizierten Arbeiter (Spezjal) und des Verwaltungsapparats so herabzusetzen, daß dadurch auf der anderen Seite die Arbeitslosenunterstützung auf 50 Rubel erhöht werden könne.

Diese einseitige und gemeingegefährliche Demagogie wurde von den Arbeitslosen mit Begeisterung aufgenommen. Arbeitslose, die versuchten, eine andere Auffassung vorzutragen, wurden mit „Nieder“ angepöbeln und gezwungen, die Rednerbühne zu verlassen.“

Die Zahl der Arbeiter in den Staatsbetrieben betrug in diesem Sommer 1 909 024, die der Erwerbslosen am 1. August 1 040 300.

Englischer Erfolg gegen russisches Ausgreifen. Der großbritannische Abgesandte Lord Iroin hat mit dem Emir von Afghanistan eine Uebereinkunft getroffen, die geeignet ist, den Einfluß Sowjetrußlands in Afghanistan wesentlich einzuschränken; Englands Jahreszahlungen sollen nicht unerheblich erhöht, dem Emir Flugzeuge und Tanks unentgeltlich geliefert werden. Der Emir soll wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht haben.

Vielbling der Berliner und, um der Wahrheit die Ehre zu geben, der Berlinerinnen gewesen. Denn Schwarz wirkte nicht nur als Sänger, sondern er war auch mit seltenen Ausnahmen ein ausgezeichnete Darsteller der Rollen. Seine Hauptrolle hat ihm die italienische Oper, und als Rigoletto wird er unvergessen bleiben. Hier gab er soviel edles Pathos in Spiel und Gesang, erfüllte Verdis Ruf mit solcher Fülle tiefen Gefühls und echten Schmerzes, daß er die Zuschauer bis ins Innerste erschütterte.

Schwarz war Sänger italienischer Schulung. Er verfügte über ein Belcanto, wie es heute nur selten anzutreffen ist. Seine Stimme war von einer Weichheit und Schmieglamkeit und dabei von einer Ausdruckskraft, über die nur der geborene Künstler gebietet. Alle Nuancen der Empfindung vermochte sie auszudrücken. Dabei gestaltete sich der Ton immer edler und freier, wurde immer klingender und feinstimmiger. Bieleicht war es schon das Zeichen der Krankheit, das der Stimme in der letzten Zeit seinen Stempel aufprägte und ihr die letzte, erschütternde Fülle gab.

Schwarz ist nur 45 Jahre alt geworden. Er war Deutschruße, in Riga geboren. Seine ersten Erfolge fand er an der Wiener Weltoper. Von dort holte ihn Mahler an die Wiener Hofoper, an der er längere Zeit wirkte, bis er an die Berliner Oper überwechselte. Schwarz war amerikanischer Staatsangehöriger geworden, hatte aber seinen ständigen Wohnsitz in Baden-Baden.

Nun ist er tot. Wir leben heute reich, und wir haben ein kurzes Gedächtnis. Aber Joseph Schwarz wird so schnell nicht vergessen werden. Denn er gehörte zu jenen Künstlern, die einmalig, unersetzlich sind. Trude C. Schulz.

Sind Tränen giftig? Ein dänischer Arzt, Dr. Linhof, widerpricht nach einer eingehenden Untersuchung der landläufigen Ansicht, daß die menschlichen Tränen nur Wasser und ein wenig Chlorid enthalten. Er hat festgestellt, daß unter den salzhaltigen Beimengungen auch ein noch nicht näher bestimmtes Element enthalten sei, das als Antiseptikum wirkt, aber im allgemeinen als Gift anzusprechen sei. Es töte zahlreiche Bakterien und wirke infektionsverhindernd auf die äußeren Augenlider. — Bekanntlich hat schon vor fast hundert Jahren Heinrich Heine die Feststellung gemacht: „Mich hat das unglückselige Weib vergiftet mit ihren Tränen.“

Kunstreise. Dr. B. Franke hält am 12. abends 8 Uhr, Donnerstag, 12. einen Vortrag mit Lichtbildern in selbstverändlichem Englisch über „A Visit to the United States“. Eintrittspreis: 0,75 Mark und 1 Mark.

Erfolge des deutschen Faust-Sprachunterrichts. Der Unterricht in Englisch und Spanisch, der auf der deutschen Welle (Königsplatz 1300) durch das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht erteilt wird, hat, besonders auch in Russland, großen Anklang gefunden, sobald man sich entschließen hat, ihn vom 1. Dezember ab von den frühen Nachmittagsstunden in die Abendstunden zu verlegen.

Amerikanische Kulturpropaganda am Bosph. Die Gesellschaft „American Schools in the Near Orient“, die schon jetzt in Bulgarien drei, in Konstantinopel zwei Mittelschulen unterhält, beschäftigt einen weiteren Kandidaten ihrer propagandistischen Kulturarbeit. Zunächst sollen zwei Internate in der Nähe von Sofia errichtet werden; mit der türkischen Regierung wird wegen der Vergabe von Grundstücken und Baumaterialien verhandelt.

# Der Landsberger Prozeß.

Zusammenstöße zwischen Vorsitzenden und Verteidiger.

B. S. Landsberg, 10. November.

Am heutigen Tage sollen die wichtigsten Zeugen dieses Prozesses vernommen werden. Bei der Belehrung der Zeugen machte Landgerichtsdirektor Dr. Wöhling die Zeugen in erster Form darauf aufmerksam, daß sie allen Prozeßbeteiligten, auch den Anwälten des Nebenklägers, Rede und Antwort stehen müßten.

Ebenfalls verbat er sich der Vorsitzende energisch, daß Zeugen im Gericht mit Schusswaffen hantierten.

Hierauf teilte der Vorsitzende folgendes mit: „Das Gericht ist dem Nebenkläger außerordentlich weit entgegengekommen. Das Gericht muß aber nach dem Verhalten des Herrn Rechtsanwalts Dr. Löwenthal befürchten, daß die Verhandlung ins Uferlose gerät, daher gestattet es nur noch Fragen, die sich auf die Körperverletzung beziehen. Das Gericht hat auch die Wachtmittel, seinen Willen durchzusetzen.“

## Drohung gegen die Nebenkläger.

Als R.-A. Dr. Löwenthal die Frage stellte, welche Mittel damit gemeint seien, erklärte der Vorsitzende, daß der Anwalt das zur Zeit merken werde. Ferner verkündete der Vorsitzende, daß die gestern nachmittag von Dr. Löwenthal gestellten Anträge abgelehnt seien. R.-A. Dr. Falkenfeld: Ist es richtig, daß 1921 der Angeklagte Klapproth Heeresgut zu seinem Vater verschleppt hat und daß deshalb ein Verfahren eingeleitet wurde? Klapproth: Das Verfahren ist abgeschlossen. Gegen mich persönlich ist nie ein Verfahren gelaufen. Das ist eine pure Lüge. R.-A. Dr. Falkenfeld: Ich protestiere gegen diesen Ausdruck. Vors.: Der Angeklagte hat damit wohl auch nicht Sie gemeint, sondern die Stelle, die Ihnen diese Nachricht zugeht.

Darauf wurde als erster Zeuge Landgerichtsdirektor Braune vernommen, der die Voruntersuchung in den Zersetzungsgeheimnissen geführt hat. Auf Befragen des Vorsitzenden, was der Angeklagte Hann bei seiner ersten Aussage bekundet habe, sagte der Untersuchungsrichter aus, daß er zu Anfang Hann als Zeugen in der Sache gehört habe. Vors.: Was Hann bei seiner Vorladung erregt? Zeuge: Er hatte Angst, daß ich ihn festhalte. Ueber die Bemerkung des Schulz, daß „Gäddies verschwinden“ solle, konnte er keine Klarheit schaffen.

In seiner weiteren Vernehmung befandete Landgerichtsdirektor Dr. Braune: Hann sagte auch, er hätte über die Bedeutung des Auftrages, den er von Schulz erhielt, keinen Zweifel gehabt. Vors.: Sie hatten also nach dieser Schilderung den Eindruck, daß Klapproth keine Triebhandlung, sondern einen befohlenen Mord vorhatte? Zeuge: Daran konnte kein Zweifel sein, das war der springende Punkt. Wir haben später noch ein zweites Verhör angefertigt, bei dem ihm die erste Aussage noch einmal vorgelesen wurde. Er wiederholte im wesentlichen seine ersten Angaben, bekam aber dann Bedenken. Vors.: Wie hat sich Oberleutnant Schulz geäußert? Zeuge: Er hat energisch behauptet, keinen Auftrag bezüglich Gäddies gegeben zu haben. Vors.: Wie verhielt sich Hann bei der Gegenüberstellung mit Schulz? Zeuge: Ich glaube, er blieb bei seinen Angaben.

## Was der Verteidigung erlaubt ist.

R.-A. Dr. Sad: Herr Zeuge, ist es richtig, daß Mertens bei seiner ersten Vernehmung Ihnen sagte, er wolle Sauerzapf, der Mertens nicht kannte, ausforschen? R.-A. Dr. Löwenthal: Ich beanstande diese Frage. R.-A. Dr. Sad: Haben Sie die „Weltbühne“ auf Veranlassung des Rechtsanwalts Falkenfeld bestellt? Zeuge: Ich glaube ja, denn ich wollte im Fall Kowalewski Material haben. R.-A. Dr. Sad: Wüßten Sie, daß Mertens dem „Hessischen Volksfreund“ Material angeboten hätte? Zeuge: Davon hatte ich gehört. Vors.: Brauchen wir denn das? R.-A. Dr. Sad: Ich muß das sagen, um zu zeigen, wie die Desfentlichkeit systematisch vergiftet worden ist. R.-A. Dr. Löwenthal: Die Fragen sollen nur den abwesenden Mertens diskreditieren. Ich würde vorschlagen, daß ich Mertens hierher lade. Vors.: Vielleicht haben Sie mehr Glück, auf meine Ladung ist er nicht gekommen.

R.-A. Dr. Löwenthal: Herr Zeuge, hatten Sie auch die Auffassung, daß Hann die Wahrheit sagte, als er befandete, er sei vom Verbrechen zurückgetreten, und bestand damals noch Haftgefahr für Schulz? Zeuge: Das war Sache des Oberstaatsanwalts. Angekl. Hann: Ich habe ja nur beim Untersuchungsrichter ausgesagt, um nach Hause zu kommen. Vors. (scharf): Und zwar alles das, was der Untersuchungsrichter wollte. Herr Untersuchungsrichter, wollen Sie zugeben, daß Sie einen Zwang auf Hann ausgeübt haben? Zeuge: Hann sagte, er wolle die Wahrheit sagen, aber er bitte, ihn nicht zu verhaften. Darauf sagte ich, ich würde mich darüber erst später entscheiden.

Zu großen Zusammenstößen kam es in der weiteren Vernehmung des Zeugen Stantien. Der Vorsitzende drohte, von seinen Nachmitteln gegenüber dem R.-A. Dr. Löwenthal Gebrauch zu machen, und dieser wiederum erklärte, daß er die Vertretung der Nebenklage niederlegen werde.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, Vertreter des Nebenklägers: Herr Zeuge, haben Sie einmal eine Reparaturwerkstatt unter sich gehabt? Zeuge: Ich beanstande diese Frage, und zwar aus Gründen der Landesverteidigung. Herr Vorsitzender, ich befinde mich hier in einem inneren Konflikt, denn ich weiß wirklich nicht, ob ich alle diese Dinge sagen darf. Vors.: Sie können wirklich antworten. Zeuge: Also gut, in Spandau wurden unter meiner Leitung Autos repariert. R.-A. Dr. Löwenthal: Sind dort auch Autos verändert worden? Vors.: Herr Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, es fällt mir schwer, es auszusprechen, wie ein Rechtsanwalt, der sich seiner Aufgabe bewußt ist, hier das Gericht aufhält. R.-A. Dr. Löwenthal (erregt): Ich behaupte aber, daß diese Fragen zur Sache gehören, denn

ich behaupte weiter, daß dort Autos, die zu Straftaten benutzt worden waren, umgeändert worden sind, um sie unkenntlich zu machen.

Zeuge: Das ist ungläublich, was Sie mir da unterschieben wollen. Mit meinen Willen und Wissen ist das niemals geschehen. R.-A. Dr. Löwenthal: Haben Sie an Ihrer Werkstatt nicht einmal, als eine Entschuldigungsstatistik, ein Firmenschild mit der Aufschrift ausgehängt: „Stantien u. Co.“? R.-A. Dr. Sad: Auch das ist eine unerhörte Beschuldigung, und ich verstehe nicht, daß der Herr R.-A. Dr. Löwenthal den Mut hat, mit diesen Dingen zu kommen. Sagen Sie ruhig, Herr Zeuge, daß es geschehen ist, denn Sie haben es doch nur aus nationalen Gründen getan. Es geschah, um der Entente, wenn sie mit ihrer Kommission antam, nicht zu zeigen, daß dort die Autos der Arbeitskommandos standen. Zeuge: Ein solches Schild ist hingehängt worden, ich selbst habe es jedoch nicht angebracht.

# Es wird geplündert und gemordet!

Das unglückliche Italien.

Chiasso, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) In Mailand gehen in den letzten Tagen die dunkelsten Gerüchte über das plündernde und spurlose Verschwinden einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten, die vielleicht dasselbe Los wie Matteotti getroffen hat. Die unerhörtesten Gewalttaten werden in den volkreichen Vierteln fortgesetzt. Man bangt um das Schicksal Schiavellios, des bekanntesten sozialistischen Organisationsleiters der italienischen Textilarbeiter. Die beiden Matteotti-Mörder Bolpi und Poveromo haben erklärt, das revolutionäre Kommando über die Stadt sei in ihre Hände übergegangen; der eine übernimmt den Süd, der

andere den Nordteil. Der Sekretär des Mailänder Fascio, Giampaoli, hat die Einteilung der einzelnen Zerstörungszonen bereits vorgenommen. Die Heißsporne Albino Bolpi haben völlig freie Hand bekommen.

Den Karabinerie in Mailand ist es gelungen, die Zerstörung des Hauses des Senators Dr. Albertini zu verhindern. Völlig geplündert und zerstört wurden dagegen Arbeitszimmer und Wohnung des sozialistischen Abgeordneten Dugoni. Im Hause des früheren Leiters des „Avanti“, Pietro Nenni, teilten sich die faschistischen Horden in drei Angriffskolonnen und gingen dreimal vor. Die erste Kolonne hat sämtliche Möbel und Einrichtungsgegenstände zertrümmert, die zweite legte die Trümmer auf einen Haufen, wobei allerdings Wertgegenstände und Bücher verschwanden, und die dritte Kolonne zerstörte von Grund auf die gesamte Wäsche und das allerpersönlichste Hab und Gut des Geplünderten. Nicht besser erging es dem Redakteur des „Avanti“, Dr. Gardenghi, dem man sämtliche Wäsche und persönliche Effekten methodisch mit Messern zerschneit hat. Vielleicht sind Sie bereits im Besitze der telegraphischen Nachricht von der Plünderung der Wohnungen der sozialistischen Abgeordneten Treves, Gonzales und Sentini sowie des republikanischen Abgeordneten Chiesa. Glücklicherweise war die Mehrzahl der Betroffenen abwesend oder hatte sich rechtzeitig entfernt. Nur der Romanschriftsteller Mario Rarriani wurde von den Angreifern gefaßt und verprügelt, ebenso der frühere bekannte Karikaturist des „Avanti“, Scalfarini. Es versteht sich, daß es sich hier bloß um einen kleinen Ausschnitt des Gesamtgeschehens und eine kleine Auswahl der Opfer handelt, denn in der Mehrzahl sind unbekannte arme Menschen betroffen worden, die im ärmlichsten Elend leben.

Man kann noch nicht sagen, wo dieser Kurs der faschistischen Politik enden wird. Soviel aber ist heute klar: der Faschismus hat mit dieser Bartholomäusnacht die einzige Medizin gegen den Zusammensturz zu finden gehofft, den er so fürchtet. Der Faschismus ist bei seinen letzten Schraubendrehungen angefangen.

## Was geschieht mit Garibaldi?

Paris, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Hauptinteresse des am Dienstag zusammengetretenen Ministerrats lag in den Mitteilungen Briands über seine letzte Besprechung mit dem italienischen Botschafter. Leider sind der Presse darüber nur sehr laconische Mitteilungen gemacht worden. Einige Blätter behaupten, Briand habe erklärt, der italienische Botschafter habe der französischen Regierung vollauf befriedigende Versicherungen über die Bestrafung der Faschisten, die die Zwischenfälle von Ventimiglia hervorgerufen haben, gemacht.

Garibaldi ist am Dienstag nicht verhört worden. Man wartet die Ankunft des katalonischen Separatistenführers Macia aus Perpignan ab, der im Laufe des Mittwoch in Paris eintreffen soll. Die französische Regierung scheint sehr in Not, was sie nach Beendigung des Verhörs mit Garibaldi anfangen soll. Eine rechtliche Handhabung, ihn zu verhaften, hat sie nicht, da er nicht gegen die französischen Gesetze verstößt. Man hatte anfänglich geglaubt, ihn ohne weiteres über die Grenze abschieben zu können, aber die Nachbarstaaten Frankreichs scheinen diese dunkle Persönlichkeit dankend abgelehnt zu haben.

## Militärische Vorbereitungen Italiens an Frankreichs Grenzen?

Paris, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die „Action Francaise“ bestätigt am Dienstag die Meldung mehrerer französischer Provinzialblätter, nach denen Italien gegenwärtig im Begriff sei, seine Garnisonen in Piemont und Ligurien zu verstärken. An Alexandrien sei ein neues 11. Armeekorps zusammengestellt. Die Nähe von Coni und Alberga hat an der französischen Grenze würden zurzeit zu Angriffszentren ausgebaut.

## Tragikomisches vor dem Einzelrichter.

Herr Wollmann, der irgendwo in Noabit eine Gastwirtschaft hat, ist der festen Überzeugung, daß in seinem Lokal „nicht solches Krappzeug“ — entsprechende Handbewegung —, sondern durchaus anständiges, höchst seriöses Familienpublikum verkehrt. „Da käme etwas nicht vor.“ Mit läutenden Gassen usw. Was ist denn nur los? Warum muß Herr Wollmann, dem ein gepflegter Wohlstand die angelegentlichste Solidarität verleiht, so energisch für die stillen Belange seiner Schankstätte in die Schranken treten? Mit Verlaub, Herr W., steht vor dem Noabit Einzelrichter, weil er ein Rädel unter 18 Jahren in seinem Betrieb beschäftigt hat, was bekanntlich ohne besondere Genehmigung gesetzlich unzulässig ist. Deswegen erhielt W. zwei Strafbefehle über je 30 M. Herr W. kann und will nicht bezahlen. Und das Mädchen sei doch bei ihm nicht verstorben worden. Wieder entsprechende Handbewegung. Der Richter, ein milder freundlicher Herr, der so aussieht, wie man sich in wohlmeinenden Journalen die Justiz vorstellt, ermähigt die Strafe auf 10 M. Der Mann mit dem seriösen Familienpublikum dankt erfreut und geht. Um Frau Rauter Platz zu machen.

Kennt Sie Frau Rauter? Sie kennen die gute Frau bestimmt. Jeder kennt sie, sie ist in unzähligen Exemplaren vorhanden. Es ist der Typ das weiblichen „perpetuum mobile“. Die Frau, die nie den Mund hollen kann. Frau Rauter ist eine veritabile Kleinbürgerin, die sich in Ermangelung anderer Bedürfnisse auf Katzen und Tulpenzucht gelegt hat. Der Schupwachmeister Bär, ein sonst durchaus friedlicher Gesehwächter, bemerzte vom Balkon der Rauterschen Wohnung einen Wasserfall, der sozusagen die öffentliche Trockenheit ernstlich gefährdete. Frau R. gah Blumen, sie gah so heilig, daß unten auf ebener Straße das Publikum langsam, aber sicher eintreten. Wachmeister Bär zückte den Kleinfuß, und die Rauter erhielt einen Strafbefehl über 3 M. Natürlich verurteilte sie sich damit nicht, sondern ging zum Einzelrichter. Der Wachmeister macht keine Auslagen. Hei, wie Frau Rauter dazwischen fährt: „Bitt' schön, Herr Wachmeister, ich hab' gesagt: Gehen Sie nach oben zu Rauters, da plätschert's erst richtig vom Balkon. So wahr ich hier stehe, das habe ich gesagt.“ Der Richter wint ab. Aber Frau Rauter spricht weiter. Schnell das Urteil. Ermähigung auf 1 M. Der Richter ist eine milde Seele. Aber Frau Rauter ist keineswegs zufrieden. Unaufhörlich Proteste murrend, geht sie zur Tür hinaus.

## Sie brauchte täglich neue Seidenstrümpfe.

Das Bedürfnis, als große Modedame zu gelten, hat eine 26jährige Kontoristin Fanny S. vom rechten Wege abgedrängt. Mangelhafte Kontrolle ermöglichte es ihr, jahrelang immer tiefere Griffe in die ihr anvertraute Geschäftskasse zu tun. Die Fehlbeträge verdeckte sie durch falsche Anweisungen über Geschäftsausgaben, unter denen besonders hohe Beträge an die Portofasse eine gewöhnliche Rolle spielten. Als dann kürzlich eine gründliche Revision einsetzte, stellte sich ein Fehlbetrag von mehr als 9000 Mark heraus. Fanny war in der Verlagsabteilung eines Warenhauses betraut, so daß sie schließlich die Verwaltung der Kasse bekam. Jetzt war sie angeklagt wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. Der Vorsitzende wollte ihr nicht glauben, daß sie so große Beträge restlos verbraucht hätte, da sie bei ihren Eltern wohnte und von ihnen Gehalt von 180 Mark monatlich ohne die Hälfte als Taschengeld für sich hatte. Er fragte die Angeklagte daher eindringlich, wo sie das Geld auf der Postkasse oder sonstige ver-

borgen habe. Die Angeklagte versicherte aber, daß sie alles restlos ausgegeben habe. Sie sei sehr vernünftig gewesen. Täglich brauchte sie neue seidene Strümpfe, fuhr mehrmals am Tage Auto, hatte sich auch einen kostbaren Pelz und teure Kostüme angeeignet. Außerdem besuchte sie in Begleitung ihres Freundes und einer Freundin regelmäßig Wein- und Vergnügungstouren. Das Schöffengericht Mitte nahm eine Urkundenfälschung nicht an, und verurteilte die Angeklagte lediglich wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis. Weil sie die Straftat aus Leidenschaft begangen hatte und vor Gericht auch Reue zeigte, erhielt sie Bewährungsfrist.

## Weitere Skelettfunde auf Pehow.

Man vermutet eine Begräbnisstätte.

B.S. Auf dem von Herrn v. Käthe an einen Werderischen Obstzüchter verpachteten Ackerland bei Pehow sind in den letzten Tagen noch weitere Knochenreste gefunden worden, die zu den Skeletten eines erwachsenen Menschen und etwa dreier Kinder gehörten. Auch diese Funde sind dem Institut für Staatsarchäologie in Berlin zur Begutachtung eingelangt worden, wo bereits die neulich gefundenen Skelette untersucht worden sind. Es konnte natürlich nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß ein Verbrechen nicht in Frage kommt, sondern daß es sich, zumal in Anbetracht der ausgegrabenen Kinderreste, bei der Fundstelle um eine ältere Begräbnisstätte, vielleicht um die des in den Freiheitskriegen verwüsteten Dorfes Teschendorf gehandelt hat. Allerdings neigen die Sachverständigen zu der Annahme, daß die Knochen etwa 30 bis 50 Jahre alt sind, während auf der anderen Seite feststeht, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an jener Stelle bestimmt keine Beisetzungen mehr stattgefunden haben. Die Schädelverletzung des einen Skeletts soll nicht auf irgendeine Gewalttat, sondern auf Vermittlung oder sonstige Beschädigung, eventuell durch eine Pflugschar, zurückzuführen sein.

## Wieder ein Raubüberfall.

Ein auswärtiger Kaufmann schwer verletzt.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gegen 2 Uhr wurde in der Königgräzer Straße unweit des Anhalter Bahnhofs der 41 Jahre alte Kaufmann Sch. aus der Fasanenstr. 9 zu Chemnitz, der sich geschäftshalber in Berlin aufhält, von zwei Zuhältern überfallen und zu Boden geschlagen. Die unerkannt entkommenen Täter müssen den Ueberfallenen schon längere Zeit beobachtet haben. Jedenfalls hatten sie es auf seine Brieftasche und Wertgegenstände abgesehen. Auf die Hilferufe Schs, der sich kräftig zur Wehr setzte, eilten Vorübergehende hinzu; darauf ergrieffen die Streichelehten die Flucht. Der Ueberfallene, der eine schwere Kopfverletzung erlitten hatte, wurde zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo er einen Notverband erhielt. Gerade in letzter Zeit häuften sich Ueberfälle und Unempfindungen in der Gegend des Anhalter Bahnhofs. Vornehmlich in den zu später Stunde recht dunklen Nebenstraßen hält sich viel lichtscheues Gesindel auf, das sich im gegebenen Augenblick auf ein ohnungslos vorübergehendes Opfer stürzt und es auszuplündern versucht. Erst kürzlich wurde ein Kaufmann, der in der Gegend ohnmächtig zusammenbrach, von hilfsbereiten Samaritern um 400 M., die er in seiner Brieftasche trug, erlindert.

## Am Schulzahn erhängt.

Straßenpassanten machten heute morgen an der Ecke Elisabethstr. und Adlerstraße einen graufigen Hund. Am Zahn der 13. Gemeindefschule hing mit einer Schlinge um den Hals eine weibliche Leiche. Polizeibeamte stellten fest, daß es sich um die 27jährige Greisin Karoline Rickalte handelte, die einen Ausweis bei sich trug, auf dem als Wohnort das Siedchenheim in Spandau vermerkt war. Unzweifelhaft liegt ein Selbstmord vor. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus geschafft.

Mit Gas vergiftet. Heute vormittag wurde die in einer Konditorei in der Greifswalder Straße 2 angestellte zwanzigjährige Klara Boshwitz und die neunzehnjährige Lotte H. bewußtlos aufgefunden. Beide schliefen in einem zu einem Schlafzimmer eingerichteten Kellerraum und kamen des Vormittags nicht zum Vorschein. Man fand die Mädchen in dem mit Gas angefüllten Zimmer bewußtlos vor. Durch einen Wagen des Rüstbüros Rettungsmannes wurden sie in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo sie bedenklich darniederliegen. Allem Anschein nach liegt ein Unglücksfall vor, doch ist die Polizei noch mit der weiteren Klärung des Vorfalles beschäftigt.

„Schmetterlings- und Insektenbörie.“ In dem Bericht unserer gestrigen Abendausgabe über die Kauf- und Tauschbörie der Schmetterlingskommission ist leider eine Reihe Namen verstimmt wiedergegeben worden. Der blauflügelnde Südamerikanische Riesenfalter heißt nicht Morphos, sondern Morpho, und es gibt deren eine ganze Anzahl Arten. Die langgeschwänzten „Mitter“ Vinnés führen den Gattungsnamen „Papilio“, statt Gelios lese man Collas, statt Ephygiden: Ephygiden, und die Pieriden sind mit nichten durchweg Hochgebirgsfalter, sondern es gehört auch unsere Berliner „Kastite“, der Rothweihling, zu ihnen.

Kindervorstellungen im Trianontheater. Bei den allsonnabendlich stattfindenden Märchenaufführungen hat man es im Trianontheater verstanden, auch den Kleinsten im Vorort das gesprochene Wort verständlich zu machen. Sprechere in für die Märchenwelt, die den Kindern die so schönen Geschichten erzählt; die bühnenmäßige Darstellung geschieht von Stimmen, pantomimisch mitwirkenden Schauspielern. Man überhebt so die Kleinen der Schwierigkeit, die sprechenden Personen zu verstehen, sondern konzentriert ihr Interesse auf die stimmigen Vorgänge auf der Bühne und weißt der Märchenwelt gewissermaßen die Rolle des Erklärers zu. Die Art der Aufführung hat bei den jugendlichen Theaterbesuchern viel Anklang gefunden.

## Ein entsetzliches Unglück bei Washington.

New York, 10. November. (N.Y.) In Lapola bei Washington vernichtete ein Sturm das Schulhaus. Aus den Trümmern wurden fünfzehn Kinderleichen geborgen. Weitere verwundete Kinder liegen in Washingtoner Hospitälern. Der Sturm drückte die Schule wie ein Kartenhaus zusammen. Entsetzliche Szenen spielten sich ab, als bekannt wurde, daß die Schule vernichtet sei. Das Unglück passierte, als die Lehrerin gerade die Kinder entlassen wollte.

## Ausbruch des Vulkans Izales in San Salvador.

San Salvador, 10. November. (B.Z.) Ein Strom flüssiger Lava, der 400 Yards breit ist, ist von dem Vulkan Izales in der Landschaft Matanza heruntergeströmt und hat sich über ein weites Gebiet ausgebreitet. 57 Personen fanden den Tod. Die Einwohner der angrenzenden Dörfer fliehen aus Angst vor einer Erneuerung des Vulkanausbruchs.

Dampfer Sinnes 73 als Schmugglerschiff. Seit längerer Zeit hatte, wie die „Neue Babilische Landeszeitung“ meldet, die deutsche Zollbehörde die Befragung des Dampfers Sinnes 73, der auf dem Rhein den Verkehr zwischen dem Elsaß und Deutschland versieht, im Verdacht, Schmugglerware mit sich zu führen. Eine dieser Tage in Mainz vorgenommene Untersuchung des Schiffes förderte eine Menge Geld und viel Silberjutage, die in Straßburg aufgefunden waren und nach Deutschland eingeschmuggelt werden sollten. Das Schiff sowie die Schmuggelware wurden sofort beschlagnahmt.

Jug- und Autozusammenstoß. Wie aus Houston in Texas gemeldet wird, stieß ein Eisenbahnzug mit einem Auto zusammen, wobei neun Personen ums Leben gekommen und 23 schwer verletzt worden sind.

